

Monatsbrief Oktober 2026

Liebe Mitglieder, Freunde und Förderer,

ein hervorragendes Wahlergebnis haben wir bei der Kommunalwahl in unserem Landkreis am 13. September erreicht und dafür danken wir allen Wählern, Helfern, Spendern und Kandidaten.

Mit 18,3% für die AfD auf Kreisebene liegen wir 1,2% hinter der SPD (19,5%) und nur ca. 10% hinter der CDU (28,7%). In allen Samtgemeinden haben wir die Ergebnisse gegenüber der letzten Kommunalwahl mindestens verdoppeln, teils vervielfachen können. Besonders stark zeigten sich die Kommunen nördlich von Stade. Im Süden erreichten wir mit rund 15% auch ein gutes Ergebnis.

Wir haben nun über 70 Mandatsträger, die teilweise bis zu 3 Mandate (Kreistag, Samtgemeinderat, Gemeinderat) angenommen haben. Dadurch ist es uns gelungen, dass wir nur 4 uns zustehende Mandate aus Mangel an Bewerbern nicht besetzen konnten. Ein großer Erfolg für unsere AfD.

Nun werden zügig die Fraktionen gegründet und die Arbeit vorbereitet. Dann heißt es, den Finger in die Wunden der bisher schlechten Politik der Altparteien zu legen, z.B. in der Haushaltspolitik.

Wir wünschen allen Ratsmitgliedern und Kreistagsabgeordneten unserer AfD viele kluge Gedanken und viel Erfolg.

Ihnen wünschen wir viel Freude beim Lesen.

Ihr Kreisvorstand

1. Aus dem Kreistag
2. Kolumne von Arndt Zedef
3. Zu guter Letzt

1. Aus dem Kreistag

04.09.2026 Kreistag Stade: Antwort zum Thema Klimaschutzkosten

Die AfD-Fraktion hatte am 21.06.2026 um eine Auflistung aller Kosten gebeten, die im Haushalt des Landkreises im Zusammenhang mit Klimaschutzmaßnahmen stehen.

03.09.2026 Landrat Kai Seefried (CDU) – Parteipolitischer Missbrauch der Landkreisverwaltung

Landrat Kai Seefried und das Thema Verwaltung sind schon etwas Besonderes. Unter seiner Ägide wurde diese nicht nur enorm aufgeblasen, nein, es ist auch sehr erstaunlich, womit sich diese Verwaltung so beschäftigt. Seine Verwaltung hat sich beispielweise intensiv darum bemüht, Mitgliedern der AfD den „Kleinen Waffenschein“, also die Erlaubnis zum Besitz einer Schreckschusswaffe, zu entziehen. Die Begründungen dafür waren mehr als lächerlich. Auf so eine blödsinnige Idee kann man doch nur kommen, wenn man die Realität völlig ausblendet. Mit nur ein wenig Nachdenken hätte diese Verwaltung begreifen müssen, dass diejenigen, denen man den Kleinen Waffenschein entziehen wollte, morgen zu einer Wehrübung und Ausbildung an Kriegswaffen einberufen werden könnten. Ganz zu schweigen, von Beamten der Polizei, Zoll usw., die ja auch Dienstwaffen benötigen. Es sind nicht gerade wenige Personen, die Mitglied in der AfD sind oder sie wählen, in den Bereichen Militär und innere Sicherheit tätig. [„03.09.2026 Landrat Kai Seefried \(CDU\) – Parteipolitischer Missbrauch der Landkreisverwaltung“ weiterlesen](#)

2. Kolumne von Arndt Zedef

Königsdisziplin Haushaltspolitik

Eine kluge Haushaltsführung ist nicht nur für den heimischen Haushalt wichtig, sondern gerade auch für den Haushalt des Landkreises Stade oder deren Kommunen. Auch hier muss die kluge Hausfrau (oder der kluge Hausmann) mit begrenztem Geld alle zwingend erforderlichen Ausgaben bezahlen. Bleibt dann Geld übrig, so können nachrangige Wünsche erfüllt werden. Die kluge Hausfrau im privaten Haushalt sollte wie der kommunale Haushälter nachhaltig wirtschaften und Schulden nur für wichtige langfristige Investitionen aufnehmen. Lieber vorsorgen und sparen, dadurch Reserven für die Zukunft schaffen und Zinsen kassieren, als heute schon das Geld der Zukunft durch Schulden vorzeitig auszugeben und dafür auch noch Zinsen zu zahlen. Spare in der Zeit, so hast Du in der Not – diese alte Weisheit gilt auch für den kommunalen Haushälter. Dieses Prinzip wurde leider vom Landkreis und von zu vielen Kommunen im Landkreis missachtet. Investitionen wurden zum Teil unterlassen, Ersatzinvestitionen (z.B. Sanierung von Straßen und Brücken) wurden verschoben und trotzdem Kredite für die Haushaltsführung aufgenommen. Auch wurden Aufgaben übererfüllt, obwohl dies weder notwendig war, noch dem Landkreis nützt (Aufnahme von zu vielen sogenannten Flüchtlingen über das gesetzlich vorgeschriebene Maß hinaus – Königsteiner Schlüssel). Kein Wunder, dass der neue alte Landrat Kai Seefried nun klagt, dass Schulden und Zinsen steigen und in Zukunft immer mehr die Haushaltsplanung überschatten und

dominieren werden.

In der Zinsfalle

Wenn die Wirtschaft brummt, dann fragen die Unternehmen mehr Kredite bei den Banken nach, um zu investieren. Durch die Investitionen werden Güter und Dienstleistungen geschaffen. Das gibt den Unternehmen Raum für Gehaltserhöhungen, Neueinstellungen und Gewinnsteigerungen. Die Gewinne und Gehälter werden besteuert und davon profitieren auch die Kommunen. Der Landkreis profitiert über die Kreisumlage (Abführung der Kommunen an den Landkreis).

Negativ ist hingegen, dass dadurch auch mehr Kredite nachgefragt werden und somit die Zinsen steigen. Doch einer gut geführten Kommune macht das wenig aus, denn sie führt in diesen guten Zeiten Haushaltsüberschüsse den Reserven zu und tilgt weiter ihre Investitions-Darlehen.

Schlecht ist es, wenn wie seit 8 Jahren die Wirtschaft nicht mehr wächst, die Steuereinnahmen nun auch zurückgehen und die Kosten für die Kommunen durch steigende Sozialausgaben (z.B. für viel zu viele sogenannte Flüchtlinge) zunehmen. Steigen dann auch noch in Deutschland die Zinsen durch eine horrende Neuverschuldung der Bundesregierung, dann wird es auch für den Landkreis und die Kommunen knapp.

Die Folgen sind drastisch:

Weil die laufend sinkenden Steuereinnahmen für die steigenden laufenden Ausgaben nicht mehr ausreichen, wird diese Lücke durch Kassenkredite finanziert.

Die durch steigende Kredite und steigende Zinssätze deutlich steigende Zinslast schnürt den Kommunen die Möglichkeit für Investitionen ab.

Beim Bundeshaushalt reichen die Einnahmen 2029 voraussichtlich nur noch für die Bereiche Zinsen, Verteidigung und Soziales = kein Geld für Investitionen in die Zukunft.

Bei den Kommunen im Landkreis Stade sieht es kaum besser aus, denn die Hochrechnungen der Haushaltsplanung sehen jetzt schon erschreckende Steigerungen der Zinslasten voraus. Die genaue Analyse eines jeden Haushaltes der Kommunen im Landkreis und des Haushaltes des Landkreises wird durch die Fraktionen zügig vorgenommen werden.

Nach ihrer Analyse der Haushaltsfinanzen sollte die AfD-Fraktion dann prüfen, wo jetzt gekürzt werden kann, damit wir in Bezug auf den Haushalt nicht durch die Zinslasten die Luft abgedrückt bekommen, sondern durch kluge Ideen und Priorisierung in Zukunft wieder frei atmen können.

Links ...

... mobilisierte in Berlin das letzte Aufgebot. Eine sympathisch wirkende türkischstämmige Frau kandidierte als Spitzenkandidatin und erreichte für die Mauerschützenpartei SED (heute Die Linke genannt) über 25%. Dabei halfen ihr die rund 51%, die sie unter den muslimischen Wählern gewonnen hat. Hintergrund ist, dass Schätzungen zufolge von den rund 4 Millionen Berlinern ca. 400.000 muslimischen Glaubens sind und davon wohl über 350.000 (= rund 8% der Gesamtbevölkerung) wahlberechtigt sind.

Pikanter hingegen sind die Besucher der Wahlparty der heute Die Linke genannten Mauerschützenpartei SED. Es waren die Herren Remmo und Ibrahim. Ihnen bzw. ihrem Umfeld werden organisiertes Verbrechen, Terrorunterstützung und Antisemitismus vorgeworfen. Kein Wunder, dass Die Linke einen Austausch von Polizisten gegen Sozialarbeiter und eine geringere Bewaffnung von Polizisten befürwortet. Die Herren

Remmo und Ibrahim würden sich damit sehr wohl fühlen.

Zitat des Monats:

Horst Seehofer im Februar 2016 in einem Interview mit der [Passauer Neuen Presse](#) zur Grenzöffnung durch Angela Merkel: „Wir haben im Moment keinen Zustand von Recht und Ordnung. Das ist die Herrschaft des Unrechts.“

Wanderer

Im Jahr 2025 wanderten rund 235.000 Menschen in Deutschland mehr ein als aus. Von diesem Wanderungsüberschuss von 235.000 Menschen kamen 158.000 aus Asien und 58.000 Menschen aus Afrika. Per Saldo verloren wir 98.000 Deutsche ans Ausland. Wenn wir uns die durchschnittliche berufliche Qualifikation der Einwanderer und der Auswanderer ansehen, so müssen wir feststellen, dass wir zu viele qualifizierte Fachkräfte und Spitzenkräfte verlieren und dafür eine Zuwanderung insbesondere aus Afrika und Asien bekommen, deren Qualifikation deutlich zu niedrig für den deutschen Arbeitsmarkt ist. Dieser Austausch von Bevölkerungsgruppen wird Brain drain, also Abfluss von Wissen und Kompetenzen, genannt.

Natürlich sind nicht alle Zuwanderer aus Asien oder Afrika beruflich gering qualifiziert. Insbesondere aus Ostasien kommen viele gut- und hochqualifizierte Menschen zu uns. Allerdings ist ihr Anteil an der Gesamteinwanderung aus Asien verschwindend gering.

Was sind die weiteren Probleme der hohen Zuwanderung:

- a) Gesellschaftliche Anpassungsfähigkeit: Chinesen, Japaner oder z.B. Thailänder kommen aus einem Umfeld mit geringer Gewaltneigung und einer Prägung zu Fleiß und Disziplin. Viel zu viele Menschen aus Afrika und Vorderasien haben diese Vorzüge nicht. Sie tun sich schwer mit der Akzeptanz unserer Werte, Traditionen und Gesetze. Fast die Hälfte aller Gefängnisinsassen sind solche außereuropäischen Migranten.
- b) Jeder Zuwanderer braucht eine Wohnung. Unser Wohnungsbau ist aber nach dem Motto „Das Beste oder Nichts“ organisiert. Die viel zu hohen staatlich vorgeschriebenen Mindeststandards machen das Bauen von Wohnungen teuer. Die hohen Staatsausgaben treiben die Darlehnszinsen auf nunmehr über 4% für Hypothekenkredite und verteuern den Wohnungsbau zusätzlich. Das sind nur zwei von vielen selbstverschuldeten Problemen, die unseren Wohnungsbau fast halbiert haben. Schon jetzt fehlen über 1 Million Wohnungen in Deutschland.
- c) Jeder Zuwanderer braucht Infrastruktur, zumindest einen Arzt für die gesundheitliche Betreuung. Wir haben aufgrund der zu geringen Kapazität an den medizinischen Hochschulen zu wenig ausgebildete Ärzte. Auch verliert unser Gesundheitssystem durch immer mehr falsche Eingriffe der Bundesregierung an Attraktivität für Ärzte und Pflegepersonal. Zu viele Ärzte und Kranken- oder Altenpfleger gehen in die Schweiz oder nach Skandinavien.

Das sind nur drei von vielen Problemen durch eine verfehlte Politik hinsichtlich Einwanderung, Wirtschaft, Wohnungsbau und Gesundheit. Von den Problemen im öffentlichen Raum (Stadtbild) und an Schulen will ich hier gar nicht schreiben, denn wer Augen hat zu sehen und sehen will, der sieht!

Insofern gilt: Augen auf, Probleme erkannt, klug gedacht, konsequent gehandelt, Probleme gebannt.

So einfach kann gute Politik für Deutschland sein!

Berliner – außen süß, innen rot

Doch Achtung: Rot ist auch eine Signalfarbe, eine Warnfarbe, sie bedeutet Gefahr. Kein Wunder, dass Nationalsozialisten und Kommunisten (heute Sozialisten genannt) die rote Fahne schwenkten. Bei den Kommunisten war sie mit Hammer und Sichel, bei den Nationalsozialisten mit dem Hakenkreuz in einem weißen Kreis „verziert“.

Doch ich will hier nicht über Farben, sondern über Zahlen schreiben. Es geht um die Pläne der Die Linke (ehem. SED) in Berlin, die großen Wohnungskonzerne wie z.B. Vonovia und Deutsche Wohnen zu verstaatlichen (gerne verniedlichend „vergesellschaften“ genannt).

Schauen wir uns das einmal an:

Rechtlich:

Das Grundgesetz erlaubt Verstaatlichungen, aber nur gegen eine angemessene Entschädigung (= zum Marktwert). Das wären Schätzungen zufolge 18 bis 22 Milliarden Euro. Gehen wir einmal von 20 Milliarden Euro aus.

Finanzierung:

Die Stadt Berlin müsste das Geld für die Entschädigungszahlung am Kapitalmarkt aufnehmen, was zur Zeit fast 4% an Zinsen pro Jahr kostet (3,95% für 30-jährige Anleihen). Gehen wir einmal von 4% aus.

Mieteinnahmen:

Die Mietrendite der Vonovia-Wohnung in Berlin liegt bei knapp 3,7% und damit unter dem Marktdurchschnitt von 4,3%

Die Mieten sollen laut den Plänen der Die Linke im Zuge der Verstaatlichung von einem Niveau von rund 8,50 Euro um 2,00 Euro gesenkt werden.

Dann hätten wir eine Mietrendite von rund 2,8%.

Wirtschaftliche Gesamtbetrachtung:

Die Stadt Berlin soll Zinsen für ein Darlehen in Höhe von 4% bezahlen und das durch Mieteinnahmen in Höhe von 2,8% finanzieren. Daraus ergibt sich ein jährlicher Verlust von 1,2%. Tilgung für das Darlehen und Erhaltungsinvestitionen für die Wohnung würden mit weiteren in Summe mindestens 2% zu Buche schlagen.

Bei einem Kaufpreis von z.B. 20 Mrd. Euro wäre das ein jährlicher Verlust von 240 Millionen Euro. Für Instandhaltung wird dann kein Geld mehr da sein und nach einigen Jahren werden die Mängel sichtbar – schließlich werden die Häuser immer maroder. So war es in der „DDR“ auch. Ich empfehle eine Reise in den real existierenden Sozialismus, z.B. nach Havanna (Kuba).

Sozialismus ist ...

Der Sozialismus ist ein anfänglich schöner Traum vom Schlaraffenland. Jeder soll nach seinen Fähigkeiten leisten und nach seinen Bedürfnissen bekommen, so Karl Marx. Doch in der Realität brachte der Sozialismus, ob braun, grün oder rot, immer nur Elend, Not und Tod.

Die Verheißungen des Sozialismus sind wie die Fata Morgana einer erquickenden Oase, nach der sich der Verdurstende in der Wüste sehnt und die er nie erreicht.

Schule im Sozialismus

Wir leben heute im dritten, im grünen Sozialismus. Dieser zeichnet sich durch eine besondere Schulpolitik aus.

Doch zunächst ein Rückblick:

Der erste Sozialismus von 1933 bis 1945 fiel durch die schreckliche Rassenideologie, den Antisemitismus und die Überbetonung des Sports im Schulunterricht auf. Doch es wurde auch viel Wert auf das Erlernen von Lesen, Schreiben und Rechnen und der Kenntnisse in den Naturwissenschaften gelegt. Die Schüler wurden zumindest vor dem Krieg mit einem guten Fundament für Beruf oder Studium aus der Schule entlassen.

Im zweiten Sozialismus (1945-1989 in der „DDR“) wurden die Rassenlehre und der Antisemitismus durch den Klassenkampf ersetzt. Aber auch hier wurden die Schüler bestens auf das Leben vorbereitet aus der Schule entlassen.

Anders nun im dritten Sozialismus. Er fing mit dem Marsch durch die Institutionen an, den die Sozialisten von den Universitäten ab 1968 starteten.

Mit jedem Jahr kamen immer mehr linke Lehrer an die Schulen, in die Kultusministerien und in die aktuellen Regierungsparteien in Niedersachsen und anderen Bundesländern.

Wichtige Verschlechterungen:

Der klassische Frontalunterricht wurde durch Gruppenarbeiten ersetzt.

Die Autorität des Lehrers, bedingt durch Persönlichkeit und Fachkompetenz, wurde durch Anbiederung an die Kinder und Ideologieprojekte ersetzt.

Das gute dreigliedrige Schulsystem mit der Möglichkeit zum Übergang auf eine weiterführende Schule wurde durch ein Gesamtschulsystem ersetzt.

In den letzten Jahren kam noch die Inklusion von Behinderten unter weitgehender Aufgabe individueller Behindertenförderung an Sonderschulen dazu.

Erschwert wird die Schulbildung schon in der Grundschule durch viel zu viele Kinder, die migrationsbedingt nicht ausreichend deutsch können und durch den mangelhaften Respekt der Schüler und Eltern vor dem Erziehungsauftrag der Lehrer.

Die Folgen sind bitter:

Die Schüler liegen im Durchschnitt (Pisa) ein Jahr hinter früheren Jahrgängen in den Fähigkeiten zurück. Rund 62.000 Schüler, also rund 8%, verlassen die Schule ohne Schulabschluss. Viel zu viele haben mangelhafte Kenntnisse und Fähigkeiten in Deutsch, im Rechnen, beim Textverständnis und bei den Naturwissenschaften. Aber auch die Anzahl und das Niveau der besten Schüler ist im Sinkflug.

Deutschland hat nur einen wesentlichen Rohstoff – Bildung! Diesen fahren wir gerade durch sozialistische Experimente an die Wand.

Wie gehen pragmatische Eltern damit um?

Wer es sich leisten kann, der gibt sein Kind auf eine Privatschule. So sind viele Kinder linker Politiker und Beamter oder Gutverdiener auf z.B. Waldorfschulen.

Für Eltern, die sich das Schulgeld nicht leisten können, bleibt Nachhilfeunterricht.

Schulpolitik ist Ländersache – in Niedersachsen regieren noch SPD und Grüne, aber nächstes Jahr ist Landtagswahl!

KI-Experte warnt:

Die „DDR“ ist nicht wegen Mangel an klugen Köpfen untergegangen. Sie ist untergegangen, weil die sozialistische Ideologie glaubte, alles per Planwirtschaft festlegen zu müssen, weil die SED taub für unkonventionelle Verbesserungen war, weil die SED der Bevölkerung misstraute und so einen großen und teuren Stasi-Apparat brauchte, weil Energie oft knapp und teuer war.

Wird Deutschland auch untergehen, weil die Bundesregierungen der Brandmauer-Parteien alles bis ins Detail planen wollen (Lieferkettengesetz, Heizhammer usw.), weil sie weiß, dass die Kernkraftwerksabschaltung ein Fehler war, diesen aber nicht rückgängig machen will, weil der

Verfassungsschutz nun die Bevölkerung stärker beobachten soll?

Sozialistische Märchen: Fachkräftemangel

Die Sozialisten von Die Linke bis CDU wollen uns weismachen, dass wir durch den demographischen Wandel einen großen Fachkräftemangel haben und sich dieser verstärken wird.

Was aber sagen die Fakten:

Arbeitslosigkeit:

Die Arbeitslosigkeit in Deutschland stieg von 5,7% in 2023 über 6% in 2024 auf 6,3% in 2025. Bei Deutschen betrug 2025 die Arbeitslosenquote 4,9%, bei EU-Bürgern 9% und bei anderen Ausländern 14,5%.

Fachkräftebedarf:

Es gehen seit rund 25 Jahren pro Jahr rund 300.000 Arbeitnehmer mehr in Rente als Berufseinsteiger starten. In Summe der letzten 20 Jahre also rund 6 Millionen. Trotzdem sieht die aktuelle Prognose für 2029 nur einen nicht gedeckten Bedarf von rund 723.000 Fachkräften.

Benötigte Fachkräfte sind Arbeitnehmer mit guten Deutschkenntnissen und einer abgeschlossenen Berufsausbildung, insbesondere in den Bereichen Gesundheit, Verwaltung und Industrie.

Ein Bedarf an Arbeitskräften mit schlechten Deutschkenntnissen und nur einer z.B. vierjährigen Schulbildung, gekoppelt mit allenfalls einer geringen handwerklichen Einarbeitung mit einfachsten Werkzeugen, ist in Deutschland nicht vorhanden.

Somit war die Einwanderung der letzten 10 Jahre bis auf wenige Ausnahmen komplett am Bedarf vorbei.

Die Automatisierung, die durch KI noch verstärkt wird, kostet Jahr für Jahr rund 140.000 Arbeitsplätze. Dieser Effekt wird sich noch verstärken.

Gender-&-Trans-Psychatrie

In dem Film Psycho betreibt ein Mann ein Hotel und verkleidet sich öfter als eine Frau, die seiner toten Mutter ähnlich sieht. Er ist ein Psychopath, der in dieser Verkleidung seine Hotelgäste ermordet, bis es einem jungen Paar gelingt, ihn zu überwältigen und die Polizei zu verständigen.

Ich frage mich nun:

Ist das ein Film über eine schlimme psychische Erkrankung oder gilt er heute als transfeindlich oder ist beides richtig?

Dein Körper gehört Dir

Die unbedingte Freiwilligkeit und die informierte Zustimmung bei medizinischen Experimenten war die große Errungenschaft des Nürnberger Kodex von 1947. Damit sollten medizinische Experimente, wie sie im Nationalsozialismus durchgeführt wurden, nie wieder möglich werden.

Steile These: „Solidarisch sein heißt geimpft sein“

So hätte das Motto lauten können, mit dem das große Corona-mRNA-Gentechnik-Experiment durch die Verbreitung von Angst, dem Aufruf zur Solidarität und der sich als falsch erwiesenen Behauptung „die Impfung schützt“ unters Volk gebracht wurde. Doch Lügen haben kurze Beine und so brachten die Corona-Files die Wahrheit auf den

Tisch. Die Experten im RKI wussten um die erheblichen gesundheitlichen Risiken, sie wussten um die geringe Schutzwirkung und sie wussten, dass durch das Corona-Virus keine große Gefahr über das Maß einer mittleren Grippe hinaus bestand. Doch sie durften die Wahrheit nicht sagen, denn das RKI stand unter dem Weisungsrecht des Gesundheitsministeriums (Gesundheitsminister Spahn und später Lauterbach). Das Kanzleramt (Kanzler Merkel und später Scholz) hatte die Richtlinienkompetenz gegenüber dem Gesundheitsminister.

Es funktionierte nie

Über Jahrzehnte wurde an Therapien mit mRNA-Wirkstoffen erfolglos geforscht. Dann wurden durch das Corona-mRNA-Gentechnik-Experiment zumindest von Firmen wie Biontec viele Milliarden verdient. Doch seit ein paar Jahren arbeitet Biontec wieder erfolglos und mit Verlust. Nun gehen die Gründer ins Ausland, Werke werden geschlossen und Mitarbeiter entlassen.

3. Zu guter Letzt

Sozialistische Realität – China 1979

Der damals mächtige stellvertretende Ministerpräsident von China, Deng Xiaoping, verkündete 1979 den neuen Öffnungs- und Reformkurs. Nach 30 Jahren hatte der Sozialismus abgewirtschaftet und über 50 Millionen Tote gekostet. Nun sollten alle Chinesen reich werden, aber die Kommunistische Partei Chinas die politische Kontrolle behalten. Dies hat bis dato gut geklappt und China zum ebenbürtigen Partner und Konkurrenten der USA gemacht. Es muss alles kapitalistisch funktionieren, aber wir müssen die politische Macht haben, so könnten KPC-Funktionäre sagen.

Sozialistische Realität – „DDR“ 1982

Rund dreißig Jahre nach Gründung der „DDR“ war diese wirtschaftlich am Ende und so bat der Staatssekretär und Oberst im Ministerium für Staatssicherheit Schalck-Golodkowski den bayerischen Ministerpräsidenten Strauß um einen Milliardenkredit, da die „DDR“ sonst bankrott wäre. Er bekam den Kredit und so existierte die „DDR“ noch 8 Jahre. Die sozialistische „DDR“-Führung (SED) lehnte Reformen ab und ging unter.

Sozialistische Realität – Deutschland 2026

Wiederum haben wir rund 30 Jahre Marsch in den Sozialismus hinter uns. Es soll alles kapitalistisch aussehen, aber darf nur unter den sozialistischen Vorgaben funktionieren. Leider funktioniert Wirtschaft nicht gegen ökonomische Gesetze und Physik nicht gegen Naturgesetze. Der Atomausstieg ist von Kanzler Merz zwar als falsch erkannt, wird aber trotzdem nicht rückgängig gemacht. So geht es weiter Richtung Untergang.

Sozialistische Realität - Bundeswehr

Kanzler Merz will die Bundeswehr zur größten Streitmacht Europas machen.

Es geht schon los, denn in Seedorf (Kreis Rotenburg-Wümme) zogen 500 neue Soldaten in die Kaserne. Ein paar Anfangsschwierigkeiten gab es natürlich: aus Mangel an Unterkünften wurden Container bereitgestellt, in die die neuen Soldaten einzogen. Wie gut, dass wir ein Sondervermögen (Sonderschulden sagen wir Rechten dazu) haben, mit dem alles finanziert wird. Tja, so ist das im Sozialismus.